

Wahlkompass Umweltpolitik

Greenpeace fragt –
Berlins Spitzenpolitiker*innen antworten

Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016



GREENPEACE
Berlin

Vorwort

Liebe Berliner*innen,

Umweltschutz versprechen alle Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus. Wir haben Berliner Spitzenkandidat*innen gefragt, welche konkreten Ziele und Maßnahmen sie zur Umweltpolitik verfolgen.

Globale Probleme wie der Klimawandel und die Verschmutzung der Meere sind nach wie vor ungelöst. Was wir essen, wie wir uns fortbewegen, wie wir heizen und wie wir uns kleiden, liegt in unserer eigenen Verantwortung. Auch die richtigen politischen Rahmenbedingungen in Berlin spielen dafür eine wichtige Rolle.

Die Antworten sollen Ihnen eine Orientierung für Ihre Wahlentscheidung bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2016 geben.

Ihre Greenpeacer*innen der Gruppe Berlin

Im Übrigen können alle bei Greenpeace Berlin ehrenamtlich aktiv werden!

Greenpeace Berlin, Chausseestraße 131, 10115 Berlin
Tel: 030 / 28391550 , www.greenpeace.berlin



Inhalt

- 3 Vorwort
- 4 Inhalt
- 6 Energie & Klimawandel
- 16 Wirtschaft & Handel
- 22 Ernährung & Landwirtschaft
- 30 Verkehr & Mobilität

Impressum Greenpeace Berlin, Chausseestraße 131, 10115 Berlin Tel: 030-283 91550 **Redaktion** Julia Albrecht, Vera Belsner, Malte Brockmann, Markus Daschner, Kerstin Doerenbruch, Christian Findeisen, David Geier, Mario Köppe, Josephine Lauterbach, Ammon Mino Strez, Inga Milarch, Detlef Müller, Dominik Rau, Julius Schröder **Vi.S.d.P.** Kerstin Doerenbruch, kerstin.doerenbruch@greenpeace.berlin **Fotos** Frank Henkel: Gero Breloer, Ramona Pop: Eric Marquardt, Klaus Lederer: fotostudio-charlottenburg, Bruno Kramm: bartjez.cc, Michael Müller: SPD Berlin, Themenbilder (Alle Greenpeace): Chris Grodotzki, André Hemstedt, Paul Langrock, Ruben Neugebauer, Tine Reimer, Mike Schmidt, Gordon Welters **Gestaltung** www.neuekoordinaten.de, Dominik Rau **Druck** Reset, Virchowstr. 8, 22767 Hamburg **Stand** 08/16

Die Sortierung der Parteien erfolgt alphabetisch nach gebräuchlichem Namen: CDU, Die Grünen, Die Linken, Piraten, SPD.
Zur Deckung der Herstellungskosten bitten wir um eine Spende an Greenpeace e.V.:
GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67, KTO 33400

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier





Energie & Klimawandel

Unsere Energieerzeugung muss sauberer werden.

Berlin sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen, bei den eigenen Klimaschutzzielen hohe Standards setzen und diese auch umsetzen!

Beim Anteil Erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch war Berlin zuletzt Schlusslicht im Bundesländervergleich. Und immer noch wird in vielen unsanierten Altbauten eher die Berliner Luft beheizt als der Wohnraum.

An mangelndem Umweltbewusstsein der Berliner*innen liegt das nicht unbedingt: Ökostrom beziehen hier fast doppelt so viele Haushalte wie im Bundesdurchschnitt. Hier schläft die Politik - Zeit, sie aufzuwecken!

Energie & Klimawandel Soll Berlin in der gemeinsamen Landesplanung auf einen Stopp der geplanten Tagebaue in Brandenburg hinarbeiten?

CDU



Henkel Wir streben einen Ausstieg aus der Kohleversorgung für das Jahr 2030 an. Der Dialog mit Brandenburg nimmt dabei eine wichtige Rolle ein. Die strukturellen Herausforderungen für Regionen, die hauptsächlich von der Braunkohle leben, sind erheblich und sollten auch bei der Umsetzung der Berliner Ziele nicht übergangen werden.



B'90/Grüne



Pop Ja, auf jeden Fall. Wir haben dazu bereits viele parlamentarische Initiativen initiiert bzw. umgesetzt, Gutachten unterstützt und arbeiten auch eng mit Initiativen in Berlin und Brandenburg sowie den Brandenburger Grünen zusammen.



Die Linke



Lederer Ja, die geplanten Tagebaue sind aus Gründen des Klimaschutzes des Gewässer- und des Trinkwasserschutzes nicht zu rechtfertigen. Die Gewinnung und Nutzung der Braunkohleressourcen ist als Grundsatz aus dem gemeinsamen Landesentwicklungsplan zu streichen.



Piraten



Kramm Ja. Selbstverständlich. Als Opposition im Abgeordnetenhaus drängen wir seit Jahren darauf.



SPD



Müller Ja. Wir befürworten einen Kohleausstieg auch in Brandenburg und setzen uns sowohl im politischen Dialog mit den Verantwortlichen im Land Brandenburg als auch im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung für die Umsetzung dieses Ziels ein.



Energie & Klimawandel Sehen Sie die Sulfatbelastung durch die Lausitzer Braunkohletagebaue als Gefahr für die Berliner Wasserversorgung?

CDU

Henkel Aktuell lässt das Land Brandenburg eine eigene Sulfatprognose erstellen. Die Ergebnisse dieser Studie sollen im Sommer präsentiert werden. Diese Ergebnisse gilt es abzuwarten und anschließend zu bewerten.



B'90/Grüne

Pop Ja. Das ist eine „tickende Zeitbombe“ für die Berliner Wasserversorgung wie auch anderer Kommunen. Wir unterstützen das Netzwerk gegen die Sulfatgefahren. Wir wollen, dass an der Quelle durch die Bergbaubetreiber die Belastung eingedämmt bzw. beseitigt wird.



Die Linke

Lederer Ja. Die Lausitzer Tagebaue sind wesentlich verantwortlich für den Anstieg der Sulfatkonzentration im Müggelsee und dem dort gewonnenen Trinkwasser. In Abstimmung mit Brandenburg und Sachsen sowie dem Bund müssen daher die Sulfatbelastung der Spree reduziert und neue Tagebaue verhindert werden.



Piraten

Kramm Ja. Die hohen Werte, die zuletzt durch Messungen innerhalb einer Studie des Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) durchgeführt wurden, sind besorgniserregend und müssen zu einer Intensivierung politischen Handelns über die Landesplanungskonferenz mit Brandenburg führen.



SPD

Müller Aktuell besteht nach unseren Informationen keine Gefahr für das Berliner Trinkwasser. Die SPD legt jedoch Wert darauf, dass eine nachhaltige Sanierung vor Ort erfolgt, die auch künftig eine Gefährdung der Berliner Wasserversorgung durch Sulfate und andere Fremdstoffe ausschließt.



Energie & Klimawandel Befürworten Sie ein Abschalten des Braunkohlekraftwerks Klingenberg bis 2020 und der Berliner Steinkohlekraftwerke bis 2025?



CDU

Henkel Fossile Energieträger sind günstige und leistungsstarke Energiequellen. Sie werden noch einige Jahre die erforderliche Sicherheit garantieren, um die Umstellung auf erneuerbare Energien umsetzen zu können. Wir streben einen Ausstieg aus der Braunkohle bis zum Jahr 2020 und einen Ausstieg aus der Steinkohle bis zum Jahr 2030 an.



B'90/Grüne

Pop Ja. Wir fordern, dass die bestehende Braun- und Steinkohleverstromung in Berlin an den Standorten Reuter C und Klingenberg spätestens im Jahr 2020 beendet wird sowie einen kompletten Ausstieg aus der Kohleverstromung und -wärmegewinnung in Berlin bis spätestens 2030.



Die Linke

Lederer Ja, zur Erreichung der Klimaschutzziele sind die Kohlekraftwerke Berlins schnellstmöglich stillzulegen, im Fall der Steinkohle nach Möglichkeit bis 2025, spätestens aber bis 2030. Um die Wärmeversorgung sicherzustellen sind entsprechende Ersatzinvestitionen zu tätigen.



Piraten

Kramm Ja.



SPD

Müller Ja. Die SPD setzt sich für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braun- und Steinkohleförderung und diesbezüglichen Kraftwerksnutzung ein.

Energie & Klimawandel Sind Sie für den Bezug von 100 % Ökostrom durch die öffentliche Hand bis 2020?



CDU

Henkel Wir unterstützen die Energiewende und wollen eine langfristig sichere, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung, die uns unabhängiger von fossilen Energieträgern macht. Allerdings können wir diesen Prozess vorerst nicht ohne die Mithilfe der fossilen Energieträger bewältigen.



B'90/Grüne

Pop Ja. Wir haben durch parlamentarische Initiativen erreicht, dass die Berliner Beschaffungsstellen größere Anteile von Ökostrom beziehen. Wir wollen die Mindestvorgaben von 20% verschärfen und den Bezug von Ökostrom durch ein starkes Klimastadtwerk signifikant erhöhen.



Die Linke

Lederer Ja. Allerdings soll der Strombezug auch tatsächlich zum Ausbau Erneuerbarer Energien beitragen. Die Ausschreibung kann sich hierzu an den Empfehlungen des Umweltbundesamtes orientieren. Ein begrenzter Anteil von Strom aus gasbefeuelten, hocheffizienten KWK-Anlagen sollte möglich sein.



Piraten

Kramm Ja.



SPD

Müller Ja. Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung des Anteils von Ökostrom in der öffentlichen Verwaltung ein, jedoch wird das Ziel eines 100-prozentigen Ökostrombezuges bis zum Jahr 2020 noch nicht zu erreichen sein.

Energie & Klimawandel Unterstützen Sie das Vorhaben, die Berliner Gebäude der öffentlichen Hand mit Photovoltaikanlagen auszustatten?

CDU



Henkel Wir wollen die energetische Sanierung von Gebäuden vorantreiben. Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel voran gehen: Die Sanierung landeseigener Gebäude und die Versorgung mit Ökostrom sind dabei ein wichtiger Bestandteil.



B'90/Grüne



Pop Ja, das entspricht auch den von allen Parteien getragenen Empfehlungen der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ - u.a. werden wir die entsprechenden Aktivitäten des Klimastadtwerks forcieren und die Umsetzung eines „Masterplans Solarhauptstadt“ unterstützen.



Die Linke



Lederer Ja. Das Land und die Bezirke sollten bei der Installation von Solaranlagen eine Vorreiterrolle einnehmen um endlich das Potential für Photovoltaik und Solarthermie in Berlin zu nutzen. Auf allen geeigneten öffentlichen Gebäuden sollen Solaranlagen installiert werden.



Piraten



Kramm Ja.



SPD



Müller Ja, wir unterstützen das Ziel, die Berliner Gebäude der öffentlichen Hand mit Photovoltaikanlagen auszustatten.



Energie & Klimawandel Soll Berlin in der nächsten Legislaturperiode seine Klimaschutzstrategie an das 1,5-Grad-Ziel anpassen?

CDU

Henkel Wir können und müssen unsere CO₂-Emissionen senken – mit dem kommenden Energiewendegesetz, dem dazu gehörenden Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm und der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ hat Berlin bereits ehrgeizige Ziele formuliert sowie die ersten notwendigen Schritte gemacht.



B'90/Grüne

Pop Oberstes Ziel ist die Erreichung von Klimaneutralität und die Umsetzung einer ambitionierten Energiewende in Berlin. Dies wird zusammen mit der Erweiterung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms in der nächsten Legislatur ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein.



Die Linke

Lederer DIE LINKE will die Anpassung der Klimaschutzziele und der Strategie an das 1,5-Grad-Ziel von Paris. Sollen die Pariser Klimaziele erreicht werden, dürfen die Beschlüsse nicht nur eine Absichtserklärung bleiben, sondern müssen auch in Maßnahmen umgesetzt werden.



Piraten

Kramm Ja. Die momentanen Bestrebungen für den Klimaschutz reichen nicht aus.



SPD

Müller Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Land Berlin zur „Divestment-Hauptstadt“ der Welt wird. Ziel soll sein, Anlagen aus Unternehmen, deren Geschäftsmodell dem Ziel der Klimaneutralität widersprechen, innerhalb der nächsten fünf Jahre abzuziehen und diese Investitionen in Zukunft durch Anlagerichtlinien auszuschließen.



Energie & Klimawandel Sind Sie für einen verpflichtenden Ausbau von Erneuerbaren Energien für die Wärmeversorgung in Bestandsgebäuden?

CDU



Henkel Entscheidend für das Gelingen der Energiewende bei der Wärmeversorgung ist die energetische Sanierung des Gebäudebestandes. Auch in Berlin besteht weiterer Handlungsbedarf zur Erhöhung der Energieeffizienz im Gebäudebestand.



B'90/Grüne



Pop Ja. Wir werden für ein Wärmegesetz kämpfen, das klare Vorgaben für die Einsparung von Wärmeenergie im Gebäudebestand, den Ausbau erneuerbarer Wärme sowie die Regulierung der Fernwärmenetze macht. Dabei sind die besonderen sozialen Bedingungen Berlins zu berücksichtigen.



Die Linke



Lederer Wir sind für klare gesetzliche Vorgaben für den Ausbau Erneuerbarer Energien und für die Einsparung von Wärmeenergie im Berliner Gebäudebestand. Als Ersatzmaßnahme sollte die Erstellung qualifizierter Sanierungsfahrpläne angerechnet werden.



Piraten



Kramm Ja.



SPD



Müller Ja. Die SPD verfolgt das Ziel, Berlin bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt zu entwickeln. Hierfür wurden bereits strategische Prinzipien und Handlungsfelder im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms erarbeitet.



Energie & Klimawandel Sind Sie für die Rekommunalisierung des Berliner Stromnetzes?

CDU

Henkel Wir vertreten die Position, dass vor einer möglichen Rekommunalisierungsentscheidung konkrete ökologische, wirtschaftliche, soziale und demokratiepolitische Ziele eindeutig zu definieren sind. Sowohl mit Blick auf den Kaufpreis, die Unternehmensstruktur als auch die Zielsetzung des Landes.



B'90/Grüne

Pop Ja. Dazu soll das Stromnetz vom Land Berlin zusammen mit der Genossenschaft BürgerEnergie Berlin übernommen werden. Wenn es im laufenden Verfahren oder nach möglichem Abbruch dazu in der neuen Legislaturperiode Spielräume gibt, werden wir diese nutzen.



Die Linke

Lederer Ja. Während für private Netzbetreiber das Erzielen einer höchstmöglichen Rendite im Vordergrund steht, ermöglichen rekommunalisierte Energienetze die Ausrichtung der Geschäftspolitik an den energie-, wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitischen Zielen des Landes.



Piraten

Kramm Ja.



SPD

Müller Energie darf kein Luxus und Spekulationsobjekt sein. Wir wollen, dass die Berlinerinnen und Berliner Zugang zu sauberer, verlässlicher und bezahlbarer Energie haben. Nach den Wasserbetrieben wollen wir auch das Strom- und das Gasnetz sowie die Fernwärmenetze rekommunalisieren.



Wirtschaft & Handel

Immer mehr Menschen ist klar: TTIP würde massiv in ihr Leben eingreifen. Vom Essen bis zum Shampoo – nichts wäre vor dem Handelsabkommen mit den USA sicher. Das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada steht kurz vor der Zustimmung durch nationale Parlamente – damit droht TTIP durch die Hintertür.

Eine andere akute Fragestellung ergibt sich beim Thema Plastikabfall, der die Weltmeere verschmutzt. Leider hat sich das Bundesumweltministerium beim Thema Plastiktüten bisher nur zu einer erfahrungsgemäß unwirksamen Selbstverpflichtung durchringen können.

Bei der Herstellung fast aller Textilien werden giftige Chemikalien eingesetzt und soziale Standards massiv verletzt.

Pestizide mit dem Wirkstoff Glyphosat sind hormonell wirksam und wurden von der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Nach dem Vorsorgeprinzip der EU sollte Glyphosat verboten werden.



Wirtschaft & Handel Soll sich Berlin öffentlich gegen TTIP und CETA positionieren?

CDU



Henkel Unsere Wirtschaft ist exportorientiert. Ein erfolgreich verhandeltes Freihandelsabkommen TTIP wird für unser Land wirtschaftliche Vorteile und neue Arbeitsplätze bringen. Gleichzeitig sind die Sorgen und Befürchtungen vieler Bürger ernst zu nehmen.



B'90/Grüne



Pop Ja. Wir wollen einen Welthandel, der fair ist und hohen sozialen und ökologischen Standards entspricht. Deshalb wollen wir TTIP, CETA und TISA stoppen und auf demokratischer und transparenter Grundlage neu verhandeln.



Die Linke



Lederer Ja, Berlin muss sich unbedingt gegen TTIP, CETA und TiSA positionieren. Privatisierungszwang der öffentlichen Daseinsvorsorge, Abbau von Rechten für Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen sind für uns nicht hinnehmbar.



Piraten



Kramm Ja. Die PIRATEN Berlin lehnen TTIP, TISA sowie CETA als intransparent, undemokratisch und auf die Interessen der multinationalen Konzerne zugeschnitten ab. TTIP und CETA bedrohen Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung. Das Umgehen der Parlamente hebt die demokratischen Kontrollen aus.



SPD



Müller Ja.



Wirtschaft & Handel Sind Sie für ein Verbot von Plastiktüten im Handel?

CDU

Henkel Plastiktüten werden hierzulande zumeist über Recyclingsysteme umweltverträglich entsorgt. Sinnvoller als ein Verbot ist die freiwillige Selbstverpflichtung des Einzelhandels. Wir begrüßen, dass Einzelhändler zunehmend auf Plastiktüten verzichten.



B'90/Grüne

Pop Wir setzen auf Mehrwegbeutel. Da nach deutschem und europäischem Recht das Inverkehrbringen von Verpackungen nur unter engen Ausnahmen begrenzt oder besteuert werden kann, werden wir prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten Berlin besitzt.



Die Linke

Lederer Ja, wenn Maßnahmen wie eine Ressourcenabgabe auf Kunststoffe und eine Pfandpflicht für alle Kunststoffverpackungen, zu denen es problemlose Alternativen gibt, nicht greifen. Als ersten Schritt fordern wir ein Verbot der kostenlosen Abgabe von Plastiktüten.



Piraten

Kramm Ja. Die Auswirkungen, die Plastiktüten über Mikroplastik verursachen, das erst nach ca. 600 Jahren verrottet und – insbesondere über die Meere – Lebensräume zerstört und Lebewesen tötet bzw. über die Nahrungskette den Weg zurück auf unsere Teller finden, müssen best- und schnellstmöglich minimiert werden.



SPD

Müller Ja. Wir begrüßen die Initiative der Bundesumweltministerin und des Handelsverbands Deutschland, die Zahl der Plastiktüten durch eine Gebühr des Einzelhandels auf die Ausgabe von Tüten, drastisch zu senken. Sowohl zum Schutz der Meere als auch zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes ist dies dringend notwendig.



Wirtschaft & Handel Sollen ökologische und soziale Standards bei der Beschaffung von Stoffen und Kleidung für den öffentlichen Dienst verpflichtend werden?

CDU



Henkel Es ist richtig und wichtig, Nachhaltigkeitsaspekte bei der Beschaffung von Produkten für den öffentlichen Dienst zu beachten. In Berlin erfolgen Beschaffungen grundsätzlich entsprechend dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz nach wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erwägungen.



B'90/Grüne



Pop Ja. Wir wollen Berlin zur Hauptstadt des fairen Handels machen. Dazu reformieren wir das Vergabegesetz, führen insbesondere die alte Wertgrenze wieder ein und stärken die Nachweis- und Kontrollpflicht, ergänzt durch eine regelmäßige Evaluation der Praxis.



Die Linke



Lederer Ja, allerdings auch für Beschaffungen generell. Das auch von der LINKEN eingeführte Ausschreibungs- und Vergabegesetz enthält bereits Regelungen zur ökologischen Beschaffung. Allerdings hat der Senat die Wertgrenzen erhöht und viele Ausnahmen formuliert. Dies muss künftig wieder anders werden.



Piraten



Kramm Ja.



SPD



Müller Ja, durchaus. Neben der Funktionalität sollten auch ökologische und soziale Standards eine Rolle spielen.



Wirtschaft & Handel Soll sich das Land Berlin für ein deutschlandweites Verbot von Glyphosat einsetzen?

CDU

Henkel Nein. Keine deutsche Bewertungsbehörde hat sich für ein Verbot von Glyphosat ausgesprochen. Dem ist auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) gefolgt, ebenso wie die Bewertungsbehörden der übrigen 28 Mitgliedstaaten.



B'90/Grüne

Pop Ja. Wir wollen Berlin pestizidfrei machen und setzen uns für ein bundes- und EU-weites Verbot von Glyphosat ein. Unsere AGH-Fraktion hat den Senat in dieser Legislatur mehrfach aufgefordert, auf den Einsatz von Pestiziden auf allen landeseigenen Flächen zu verzichten.



Die Linke

Lederer Ja, solange Zweifel bestehen, muss das Vorsorgeprinzip gelten und darf die Zulassung des laut IARC wahrscheinlich krebserregenden Glyphosat nicht verlängert werden. DIE LINKE fordert schon lange ein Verbot in der Vorerntebehandlung und auf privaten und kommunalen Flächen.



Piraten

Kramm Ja.



SPD

Müller Über die Frage, ob und wie lange die Zulassung für das Pflanzenschutzmittel Glyphosat verlängert wird, entscheidet der Fachausschuss der EU-Kommission mit qualifizierter Mehrheit. Wir teilen die kritische Haltung vieler Experten hinsichtlich der gesundheitlichen Risiken von Glyphosat.



Ernährung & Landwirtschaft

Landwirtschaft ist aus dem Stadtleben verschwunden. Urban gardening bringt uns dem Prozess der Lebensmittelherzeugung wieder näher.

Regional und ökologisch erzeugte Nahrungsmittel schonen die Umwelt und erhalten die Artenvielfalt. Tierprodukte belasten unser Klima besonders stark.

Oft werden Lebensmittel nur unzureichend kontrolliert. Um zu gewährleisten, dass gesetzliche Vorgaben eingehalten werden, ist dringend mehr Personal nötig.

Über die Hälfte der weltweiten Speisefischbestände sind bis an die Grenzen genutzt. Ein weiteres Drittel ist bereits überfischt. Für ein funktionierendes Ökosystem Meer ist ein bewusster und nachhaltiger Umgang mit Fischprodukten dringend nötig.



Ernährung & Landwirtschaft Sollen in Berlin mehr Flächen für Urban Gardening ausgewiesen werden?

CDU



Henkel Städtisches Grün ist unverzichtbar. Wir brauchen die Straßenbäume und –beete sowie Gärten und Parks nicht nur aus ökologischer oder ästhetischer Sicht. Sie haben auch einen hohen sozialen Wert. Jenseits der traditionellen Kleingartenstrukturen begrüßen wir weitere Formen des städtischen Gärtnerns in Berlin.



B'90/Grüne



Pop Ja. Wir wollen urbanes Gärtnern in der gesamten Stadt fördern und zusammen mit den Bezirken dafür weitere Flächen – auch als Zwischennutzung – ausweisen. Nach dem Vorbild anderer Städte wie New York und Stuttgart setzen wir eine*n Beauftragte*n für Urban Gardening ein.



Die Linke



Lederer Ja. Wir wollen einen Stadtentwicklungsplan Grün aufstellen, der neben Urban Gardening auch Grün- und Parkanlagen, Grünzüge und Landschaftsparks, Wald, Schutzgebiete, Friedhöfe, Kleingärten und Straßenbäume umfasst.



Piraten



Kramm Ja. Auch in Zusammenarbeit mit sich für das Urban Gardening öffnenden Kleingartenkolonien. Hierfür befürworten wir die Einrichtung eines unabhängigen Urban-Gardening-Beauftragten.



SPD



Müller Ja. Berlinerinnen und Berliner lieben das Grün in ihrer Stadt. Sie bringen sich durch ihr ehrenamtliches Engagement direkt vor Ort ein, um das Straßenbild vor ihrer Haustür zu verschönern. Wir unterstützen daher die Initiative des Urban Gardenings ausdrücklich.



Ernährung & Landwirtschaft Sind Sie dafür, dass öffentliche Einrichtungen, Kindertagesstätten und Schulen auf Produkte aus ökologischer und regionaler Erzeugung umstellen?

CDU

Henkel Wir wollen, dass die Menschen sich im Alltag gesund ernähren können, und setzen uns dafür ein, dass in Kantinen ein gutes und vollwertiges Essen in hoher Qualität angeboten wird. Vorgaben für bestimmte Lebensmittel oder Produktionsverfahren werden wir nicht machen.



B'90/Grüne

Pop Ja. In Kindertagesstätten, Schulen, Kantinen, Mensen und beim Catering in öffentlichen Einrichtungen wollen wir den Anteil der regionalen und ökologischen Lebensmittel steigern und den Anteil an Bio-Essen bis 2021 verdoppeln.



Die Linke

Lederer Ja. Die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe verbessert die Klimabilanz und unterstützt die regionale Wertschöpfung. Eine öffentlich geförderte Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln senkt die Kosten für deren Erzeugung und verringert die Preisdifferenz zu konventionell erzeugter Nahrung.



Piraten

Kramm Ja. Ein gesundes und nachhaltiges Essensangebot muss mittelfristig flächendeckend angeboten werden.



SPD

Müller Für eine gesunde Ernährung in Schulen und Kitas werden staatliche Zuschüsse und Elternbeiträge aufgewendet, die den Bezug von Produkten aus ökologischer Erzeugung ermöglichen. Wir werden auch künftig die Träger in ihrer Entscheidung unterstützen, die Verpflegung in ihren Einrichtungen umzustellen.



Ernährung & Landwirtschaft Soll es in öffentlichen Kantinen ein verpflichtendes veganes Angebot geben?

CDU



Henkel Kantinen sollen gutes, vollwertiges Essen in hoher Qualität anbieten, d.h. auch vegetarische und vegane Gerichte. Dabei ist es sinnvoll, dass Kantinenbetreiber in den Dialog mit ihren Kunden über deren Wünsche treten und diese entsprechend berücksichtigen.



B'90/Grüne



Pop Ja. Wir setzen uns dafür ein, dass es in öffentlichen Kantinen täglich auch ein Angebot an veganen und vegetarischen Mahlzeiten gibt.



Die Linke



Lederer Ja – Nur ein veganes Angebot greift aber zu kurz. Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen, wie in Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Seniorenheimen, muss gesundheitliche (Unverträglichkeiten, Allergien) und kulturelle (Koscher, Halal) Anforderungen und Ernährungsstile berücksichtigen.



Piraten



Kramm Ja. Entsprechende Anträge haben wir bereits in das Abgeordnetenhaus eingebracht. Diese wurden allerdings von der Koalition abgelehnt. Der Vegetarier*innen und Veganer*innen-Anteil in Berlin steigt zurecht, da diese Art der Ernährung einen großen Beitrag zum Klima- und Tierschutz bringen.



SPD



Müller Wir begrüßen es, wenn sich das Angebot an öffentlichen Kantinen stärker an ökologischen Aspekten und der regionalen Produktion ausrichtet. Wir sind jedoch sehr skeptisch, was verpflichtende Vorgaben angeht. Kantinenbesucher schauen oftmals auf den Preis bzw. bleiben gewohnten Angeboten treu.



Ernährung & Landwirtschaft Soll das Personal zur Kontrolle von Lebensmitteln in Berlin aufgestockt werden?

CDU

Henkel Wir stehen für Transparenz und Null-Toleranz bei Lebensmitteln mit einer klaren Kennzeichnung. Das bedeutet auch, dass Hygieneverstöße und Grenzwertüberschreitungen veröffentlicht werden. Um ihre wichtigen Kontrollfunktionen wahrzunehmen, müssen die Behörden gut ausgestattet sein. Dafür setzen wir uns ein.



B'90/Grüne

Pop Noch wichtiger als mehr Personal für die Lebensmittelkontrollen ist uns deren Transparenz. Darum werden wir ein berlinweites Verbraucherschutz-Systems in Restaurants und Gaststätten nach dänischem Vorbild z.B. in Form eines Smileys einführen.



Die Linke

Lederer Ja. Zur Gewährleistung gesetzlicher Vorgaben und der Lebensmittelsicherheit muss das Personal der Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter in Berlin deutlich aufgestockt werden. Es braucht bessere Fortbildungen für die Fachkräfte und eine bessere technische Ausstattung.



Piraten

Kramm Ja, grundsätzlich muss der Personalschlüssel in den Veterinär und Lebensmittelämtern der Bezirke erhöht werden, da diese teilweise nur 30-50% ihrer Pflichtaufgaben wahrnehmen können. Dieser Zustand ist unhaltbar.



SPD

Müller Ja. Wir wollen eine effektivere Lebensmittelkontrolle auch vor Ort. Wir werden bei den nächsten Haushaltsberatungen prüfen, ob und ggf. in welcher Höhe die Bezirke eine Erhöhung der Personalmittel zur Verstärkung der Veterinär- und Lebensmittelämter einsetzen werden.



Ernährung & Landwirtschaft Soll in öffentlichen Kantinen auf ein nachhaltiges Fischangebot umgestellt werden?

CDU



Henkel Im Auftrag der Bundesregierung wurden Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung entwickelt. Diese wollen wir überall durchsetzen. Vorgaben für bestimmte Lebensmittel oder Produktionsverfahren werden wir aber nicht machen.



B'90/Grüne



Pop Ja. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in öffentlichen Kantinen in erster Linie Fisch und Meeresfrüchte aus nachhaltiger Fischerei angeboten werden.



Die Linke



Lederer Ja – Fisch aus nachweislich nachhaltigem Fang sollte eine Selbstverständlichkeit in öffentlichen Kantinen sein. Das muss in den Ausschreibungen und Leistungsverzeichnissen vorgegeben werden.



Piraten



Kramm Unseres Erachtens nach gibt es kein nachhaltiges Fischangebot. Am besten wäre es, für eine gewisse Zeit das Angebot an Fisch stark einzuschränken bzw. ganz darauf zu verzichten. Ansonsten: Ja.



SPD



Müller Ja. Siehe Antwort auf die Frage auf Seite 26.



Ernährung & Landwirtschaft Soll der Verkauf von Haiprodukten wie Schillerlocke und Haifischlössensuppe in Berlin verboten werden?

CDU

Henkel Wir setzen uns nachdrücklich für eine nachhaltige Fischerei von Haien und einen verstärkten Schutz von gefährdeten Haiarten ein. Deshalb begrüßen wir insbesondere den EU-Haiaktionsplan sowie die EU-Financing-Verordnung ausdrücklich.



B'90/Grüne

Pop Da das Lebensmittelrecht in der konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes liegt und zudem von europarechtlichen Vorgaben bestimmt wird, werden wir prüfen, welchen Spielraum das Land Berlin für ein Verbot bestimmter Lebensmittelprodukte besitzt.



Die Linke

Lederer Ja – Auch das kann in den Ausschreibungen und Leistungsverzeichnissen vorgegeben werden. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wissen nicht, dass sie Hai-Produkte essen und kennen die quälereischen Fangmethoden nicht. Es braucht eine klare Lebensmittel-Kennzeichnung in Kantinen.



Piraten

Kramm Ja. Am besten bundes- bzw. europaweit.



SPD

Müller Ein berlinweites Verbot von Haiprodukten würde angesichts des ohnehin sehr begrenzten regionalen Verzehrs nichts am Grundproblem ändern. Was wir brauchen, ist ein international gemeinsames Vorgehen gegen die Überfischung der Meere und das dadurch bedingte Aussterben bestimmter Fischarten.



Mobilität & Verkehr

Heute absolvieren Berliner*innen mit dem Rad, zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwei Drittel ihrer Wege. Doch für diese Fortbewegungsarten steht nur ein Drittel der Verkehrsfläche zur Verfügung – den Rest beanspruchen Autos.

Weil immer mehr Menschen aufs Rad umsteigen wollen, brauchen wir eine gerechte Verteilung der Verkehrsflächen mit sicheren und breiten Radwegen und ein dichteres Netz an Velorouten und Fahrradstraßen.

Einem lebenswerten Berlin, das bis 2050 klimaneutral sein will, kann das nur mit einer Verkehrspolitik gelingen, die Radfahrer massiv fördert. Daher müssen die Investitionen in die Radinfrastruktur auf mindestens 20 Euro pro Jahr und Person gesteigert werden.



Mobilität & Verkehr Unterstützen Sie die Forderung nach einer grundsätzlichen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h im Stadtgebiet?

CDU



Henkel Berlin braucht leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen. Die Verkehre können nur bei Tempo 50 bedarfsgerecht und flüssig abgewickelt werden. Weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen verursachen mehr Stop-and-go-Verkehre mit besonders hoher Schadstoffbelastung.



B'90/Grüne



Pop Ja. Wir unterstützen die Forderung nach einer stadtverträglichen Regelgeschwindigkeit Tempo 30, damit die Sicherheit im Verkehr steigt und Lärm sowie Abgase sich verringern.



Die Linke



Lederer Ja, diese Forderung unterstützen wir. Tempo 50 auf Hauptstraßen dort, wo es dem Verkehrsfluss nachweislich zuträglich ist und Lärmbelastigung eine untergeordnete Rolle spielt, soll als Ausnahme möglich bleiben. Auf Autobahnen innerstädtisch soll Tempo 80 gelten.



Piraten



Kramm Ja. Tempo 30 ist ein wesentliches Instrument zur Erhöhung der Sicherheit von Kindern, Fußgängern und Fahrradfahrern. Die Verkehrsberuhigung lässt den Kiez auf den Straßen öffentlichen Raum für die Steigerung der Lebensqualität der Berlinerinnen und Berliner gewinnen.



SPD



Müller Nein. Im Rahmen des Gesamtkonzepts zur Verkehrsvermeidung setzen wir auf den Rückbau von Durchgangsstraßen, Parkraumbewirtschaftung und die Ausweitung von Tempo 30-Zonen dort, wo die Belastung durch die Umlenkung des Durchgangsverkehrs auf die Stadtautobahn abnimmt.



Mobilität & Verkehr Sollen in Berlin mehr autofreie Zonen eingerichtet werden?

CDU

Henkel Schon heute ist die verkehrsberuhigte Zone ein geeignetes Mittel, um Fußgängern Priorität zu geben. Da, wo es sinnvoll ist, stehen wir der Prüfung einer Einrichtung von autofreien Zonen offen gegenüber.



B'90/Grüne

Pop Ja. Wir wünschen uns in Berlin mehr öffentliche Räume ohne Lärm und Abgase. Das können autofreie neue Wohngebiete sein, aber auch temporär oder dauerhaft umgenutzte Straßen. Kiezfeste und temporäre Spielstraßen sollen rechtlich erleichtert werden.



Die Linke

Lederer Ja. Zur Änderung des Modal Split hin zu mehr Fußverkehr und im Sinne einer generationengerechten und lebenswerten Stadt unterstützen wir Initiativen zur Einrichtung von autofreien Abschnitten dort, wo sie von der Bewohner*innenschaft mitgetragen werden.



Piraten

Kramm Ja. In einem Positionspapier haben wir uns für mehr Begegnungszonen ausgesprochen.



SPD

Müller Ja. ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, Taxen und Car-Sharing auf Basis regenerativer Energien bilden als Umweltbund den Kern des Mobilitätsnetzes. Auch der Autoverkehr ist weiterhin Teil des Mobilitätsangebots in der Stadt. Die Herausforderung besteht darin, die Mobilitätsarten intelligent miteinander zu kombinieren.



Mobilität & Verkehr Soll die A100 mit dem jetzigen Bauabschnitt 16 am Treptower Park enden?

CDU



Henkel Die A100 wollen wir weiterbauen, damit der Innovationsstandort Adlershof und der Flughafen BER besser angebunden und Wohngebiete von starkem Durchgangsverkehr entlastet werden. Dafür müssen keine Wohngebiete weichen, die Strecke verläuft überwiegend durch Gewerbegebiete.



B'90/Grüne



Pop Ja, denn die Verlängerung der A100 durch Friedrichshain bis zur Storkower Straße bedeutet Lärm, Abgase und eine verminderte Lebensqualität. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die A100 mit dem jetzigen Bauabschnitt am Treptower Park endet.



Die Linke



Lederer Ja. Wir wollen einen qualifizierten Abschluss am Treptower Park. Einen Weiterbau des 17. Bauabschnitt lehnen wir ab.



Piraten



Kramm Ja. Besser aber noch wäre ein Rückbau, und eine Entsiegelung des jetzt schon fertig gestellten Abschnitts.



SPD



Müller Nein. Die im Bundesverkehrswegeplan verankerte Verlängerung der Stadtautobahn A 100 ist für uns Teil eines Gesamtkonzepts zur Verkehrsentlastung der umliegenden und innerstädtischen Quartiere, wo wir durch die Reduzierung von Verkehr, Lärm und Feinstaubbelastung mehr Lebensqualität schaffen wollen.



Mobilität & Verkehr Sind Sie für einen kostenfreien ÖPNV in der Berliner Innenstadt (Tarifbereich AB)?

CDU

Henkel Die Landespolitik Berlins ist darauf ausgerichtet, dem ÖPNV die notwendigen Investitionen für den Erhalt und den Ausbau des ÖPNV zu ermöglichen. Wir wollen weiter einen leistungsgerechten, attraktiven öffentlichen Nahverkehr, der über den Landeshaushalt und die Fahrgeldeinnahmen jeweils kofinanziert wird.



B'90/Grüne

Pop Wir wollen die Fahrpreise senken und das ÖPNV-Angebot verbessern. Besonders wichtig ist für uns kurzfristig vor allem die Preissenkung des Sozialtickets. Darüber hinaus wollen wir unser Modell für ein solidarisch finanziertes Bürgerticket voranbringen.



Die Linke

Lederer Wir sind für einen solidarisch finanzierten Nahverkehr und haben dafür auch bereits einen Vorschlag in die öffentliche Debatte gebracht. Kostenfrei wird er aber nicht sein. Vielmehr sollen die Kosten auch durch die Nutznießer eines gut ausgebauten ÖPNV mitgetragen werden.



Piraten

Kramm Ja. Wir sind die einzige Partei in Berlin, die den fahrscheinlosen ÖPNV ins Programm aufgenommen hat. Unsere Fraktion hat dazu bereits eine Machbarkeitsstudie vorgelegt und entsprechende Anträge ins Abgeordnetenhaus eingebracht.



SPD

Müller Nein. Wir wollen den ÖPNV ausbauen, insbesondere das Straßenbahnnetz. Zudem wollen wir die Kosten des Sozialtickets an den im ALG-II-Regelsatz vorgesehenen Anteil für Mobilität angleichen. Einer Einführung eines kostenlosen ÖPNV stehen wir kritisch gegenüber.



Mobilität & Verkehr Unterstützen Sie den Gesetzentwurf, den der „Volksentscheid Fahrrad“ vorgelegt hat?



CDU

Henkel Wir wollen den Radverkehr fördern und verbesserte Bedingungen schaffen. Dabei ist uns wichtig, dass es einen fairen Mix und damit ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmer gibt. Wir wollen nicht, dass verschiedene Mobilitätsarten gegeneinander ausgespielt werden.



B'90/Grüne

Pop Ja, wir unterstützen den Volksentscheid aktiv; so haben wir an unserem Stand auf dem Umweltfestival und in den Bezirken Unterschriften gesammelt.



Die Linke

Lederer Ja. Die LINKE. Berlin hat sich zum Volksentscheid Fahrrad von Anfang an bekannt und unterstützt diesen aktiv. Die Infrastruktur hechelt dem positiven Trend zum Rad hinterher. Eine gute ausbebaute Radinfrastruktur ist im Interesse aller Verkehrsteilnehmenden.



Piraten

Kramm Ja, und wir helfen dabei, die notwendigen Unterschriften für die nächste Stufe zu sammeln.



SPD

Müller Auch wir wollen den Fahrradverkehr in der Stadt stärken. Dazu wollen wir einen Landesbetrieb Fahrrad gründen, der im Rahmen einer gesamtstädtischen Zielplanung den schnellen Ausbau der Radinfrastruktur vorantreibt und dabei vor allem Unfallschwerpunkte abbaut.



Mobilität & Verkehr Sollen die Investitionen in die Fahrradinfrastruktur in Berlin deutlich erhöht werden?

Henkel Die Förderung des Radverkehrs ist ein erklärtes Ziel der CDU Berlin. Wir wollen das Radwegenetz ausbauen und Fahrradschnellwege errichten. Außerdem wollen wir mehr öffentliche Fahrradabstellplätze und Fahrradparkhäuser. Das hilft allen Verkehrsteilnehmern.



Pop Ja. Wir wollen die Mittel für den Radverkehr mindestens verdreifachen. Besonders wichtig ist uns der Ausbau eines Fahrradstraßen und -schnellwegenetzes, jährlich 100 km neue Radverkehrsanlagen, Verbesserung der Sicherheit an Kreuzungen und der Ausbau der Abstellanlagen.



Lederer Ja, die Investitionen sollen deutlich erhöht werden. In Kombination mit einer aufgabengerechten Personalausstattung im Land und den Bezirken für die erforderlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren.



Kramm Ja. Der Radverkehr bietet insgesamt die schnellste, gesündeste und ökologischste Fortbewegungsmöglichkeit in der Berliner Innenstadt.



Müller Wir stehen für eine moderne Fahrradpolitik. Mehr als 1000 neue Radwege und Fahrradspuren wurden in Berlin angelegt und 27.000 Fahrradabstellanlagen geschaffen. Außerdem wollen wir die Infrastruktur für Leihfahrräder ausbauen und die Möglichkeit von Radschnellwegen in einer Studie prüfen.



Act Now!



Wahlkompass Umweltpolitik

Sie haben die Wahl



- Wie wird der Verkehr in Zukunft nachhaltig gestaltet?
- Soll Kohle als klimaschädlichster Energieträger weiter wie bisher genutzt werden?
- Werden Berliner*innen in Kantinen in Zukunft ein veganes Angebot vorfinden?

Greenpeace ist eine internationale Umweltschutzorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich, politisch und finanziell unabhängig und nimmt keine Gelder von Regierungen, Parteien oder der Industrie. Mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.

Greenpeace hat die Positionen und Inhalte der Partei „Alternative für Deutschland“ analysiert. Umweltpolitisch vertritt die AfD zahlreiche Forderungen, die Greenpeace ablehnt, insbesondere ihre Forderungen gegen die Energiewende, gegen Klimapolitik, für längere Laufzeiten von Atomkraftwerken und für die Nutzung von Kohle. Viel wichtiger aber ist, dass die AfD eine rechtspopulistische Partei mit rechtsradikalen Tendenzen ist. Selbstverständnis und Werte der AfD widersprechen den Grundwerten wie Freiheit, Toleranz, Gleichberechtigung und Gewaltlosigkeit, für die Greenpeace einsteht. Greenpeace lehnt es deshalb ab, die Forderungen der AfD im Detail zu bewerten.